

sachkundige Einwohner

Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	entschuldigt

Gäste:

Frau Magdolna Grasnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Thomas Brincker	Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam
Herr Gregor Jekel	Bereich Wohnen
Frau Uta Kitzmann	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren
Herr Bindheim Jörg	FB Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2017 und vom 05.09.2017 /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Verbesserung der Erreichbarkeit der Fallmanager für Jobcenter-Kunden
Vorlage: 17/SVV/0425
Fraktion DIE LINKE
+ Äa Fraktion DIE LINKE vom 05.07.17
- Wiedervorlage -
- 4.2 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen
Vorlage: 16/SVV/0403
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 4.3 Integrationsmonitoring
Vorlage: 17/SVV/0384
Fraktion CDU/ANW
-Wiedervorlage -
- 4.4 Seniorengerechtes Bauen
Vorlage: 17/SVV/0381
Fraktion CDU/ANW
GSI (ff) - Wiedervorlage -
- 4.5 Konzept für Senioreneinrichtungen
Vorlage: 17/SVV/0383
Fraktion CDU/ANW
GSI (ff) - Wiedervorlage –

- 4.6 Potsdam seniorenfreundlich gestalten
Vorlage: 17/SVV/0452
Fraktion CDU/ANW
neue Fassung
- Wiedervorlage -
- 4.7 Ambulant betreute(s) Wohnen/Wohnstätten koordinieren
Vorlage: 17/SVV/0606
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.8 Pfandringe als Beschäftigungsmodell
Vorlage: 17/SVV/0477
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI (ff) - Wiedervorlage -
- 4.9 Änderung der Hauptsatzung - § 10 Beirat für Menschen mit Behinderung
Vorlage: 17/SVV/0655
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 4.10 Fördergebietskulissen Wohnungsbau
Vorlage: 17/SVV/0686
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.11 Sitzungskalender 2018
Vorlage: 17/SVV/0675
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Agenda 2030 - Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0592
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- Wiedervorlage -
- 5.2 Ergebnisse Prüfauftrag - Stellplätze für Rollstühle und Kinderwagen im ÖPNV
Vorlage: 17/SVV/0703
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung
Vorlage: 17/SVV/0738
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 5.4 Auswertung der Kundenbefragung - Grundsicherung und Senioren
- 5.5 Gruppenprophylaxe in Kita und Schule
- 5.6 Fonds für mittelbare Bindungen (Potsdamer Baulandmodell)
- 5.7 Benennung von drei Mitgliedern in das Auswahlgremium für Förderprojekte
freiwilliger Leistungen 2018
- 5.8 Umgang mit der Jury für Förderprojekte freiwilliger Leistungen (grundsätzliches
Prozedere)
- 5.9 Bericht über die Gespräche mit der ZWST
- 5.10 Verständigung zur Themenplanung 2. Halbjahr 2017
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

Frau Eisenblätter begrüßt Frau Liefeld als neues Ausschussmitglied für die Fraktion Die Andere.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2017 und vom 05.09.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 20.06.2017 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Anschließend stellt sie die Niederschrift zur Sitzung vom 05.09.2017 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Tagesordnung und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5.5 „Gruppenprophylaxe in Kita und Schule“ bis zum Frühjahr 2018 zurückzustellen.

Frau Liefeld bittet um Information zur Ausschreibung des Fachberatungsdienstes für Migration.

Frau Basekow verweist auf Zeitungsberichte, die über von 300 bis 400 Obdachlose in Potsdam sprechen und fragt, ob diese Zahl so zutrifft.

Zu beiden Punkten wird eine Information im TOP „Sonstiges“ zugesagt.

Frau Eisenblätter stellt zunächst die Änderung der Tagesordnung zur Abstimmung. Dieser wird mehrheitlich zugestimmt.

Anschließend bittet sie um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung. Der Tagesordnung geänderten wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 **Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) informiert, dass am 17. und 18. Juli 2017 die Zukunftskonferenz zur **Fortschreibung des Lokalen Teilhabepplans** stattgefunden hat. Hier wurden die bestehenden Maßnahmen geprüft und weiterentwickelt. Es gab auf der zweitägigen Veranstaltung sechs moderierte Arbeitsgruppen, die sich mit einem speziellen Handlungsfeld und dazu gehörigen Maßnahmen beschäftigt haben. Die Ergebnisse werden gesammelt und im Herbst 2017 öffentlich vorgestellt.

Frau Schulze fragt nach dem Verhältnis der Teilnehmer.

Herr Richter teilt mit, dass es ca. 100 Teilnehmer gab. Aus seiner Sicht gab es ein ausgewogenes Verhältnis bei den Teilnehmern.

Herr Puschmann berichtet, dass am 21.9.2017 das Quartalsgespräch des **Seniorenbeirates** mit dem Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, Herrn Schubert stattgefunden hat, welches sehr im gemeinsamen Sinne verlaufen ist. Alle schriftlich eingereichten Punkte wurden ausreichend beantwortet. Zum Gespräch wurde ein Protokoll angefertigt. Das nächste Gespräch des Seniorenbeirates wird mit dem Oberbürgermeister stattfinden.

Des Weiteren weist Herr Puschmann darauf hin, dass am 6. Oktober 2017 der Tag der älteren Menschen in Potsdam begangen wurde. Durch die Verwaltung wurde in Abstimmung mit dem Seniorenbeirat eine sehr gelungene Veranstaltung in der Nikolaikirche durchgeführt. Die Veranstaltung, an der auch die älteste Potsdamerin teilgenommen hat, wurde sehr gut durch die Verwaltung vorbereitet. Abschließend erinnert Herr Puschmann daran, dass vor 25 Jahren der Seniorenbeirat zum ersten Mal in der Landeshauptstadt Potsdam gewählt worden ist. Im nächsten Jahr findet eine große Festveranstaltung anlässlich des 25jährigen Bestehens des Landesseniorenbeirates in Guben statt.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Verbesserung der Erreichbarkeit der Fallmanager für Jobcenter-Kunden** **Vorlage: 17/SVV/0425**

Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -

Frau Schulze erklärt, dass der Antrag durch Verwaltungshandeln des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam erledigt ist.

zu 4.2 **Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen** **Vorlage: 16/SVV/0403**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) erklärt, dass lediglich Teilleistungen über die Bundesförderung „Bildungskoordination für Neuzugewanderte“ erbracht werden können. Das sind:

- Analyse der Träger, die Sprachkurse anbieten,
- Analyse der geplanten Kapazitäten,
- Konzeptentwicklung zur Qualitätssicherung von Sprachkursen.

Er teilt mit, dass zwischenzeitlich eine Bildungskoordinatorin eingestellt ist. Diese

kann aber nicht einen Beirat zur Qualitätssicherung einberufen.

Frau Eifler erklärt, dass der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist

zu 4.3 **Integrationsmonitoring**

Vorlage: 17/SVV/0384

Fraktion CDU/ANW

-Wiedervorlage -

Frau Grasnick (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) verweist auf die Aussage im Integrationskonzept, dass die Fortschreibung des Integrationsmonitorings der Erweiterung der Indikatoren für die Zielgruppe der Geflüchteten sowie entsprechender fachlicher und personeller Ressourcen bedarf. Verantwortlich dafür ist die Beauftragte für Migration und Integration in Zusammenarbeit mit dem Bereich der Statistik und Wahlen.

Sie schlägt vor, in einer geschäftsbereichsübergreifenden Projektgruppe neue Integrationsmonitoring-Indikatoren für die Zielgruppe der Geflüchteten zu entwickeln. Diese Aufgabe kann bis zum Jahresende 2018 erfüllt werden. Im Mai 2018 kann im GSI-Ausschuss ein Bericht zum aktuellen Stand gegeben werden.

Herr Finken spricht sich für die Abstimmung über den Antrag mit angepasster Zeitschiene aus.

Frau Eisenblätter stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt das Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam der aktuellen Rechtslage und dem aktuellen Integrationskonzept anzupassen und den Leitgedanken „Fördern und Fordern“ konsequent umzusetzen. Dabei ist insbesondere der Aspekt „Fordern“ aufzunehmen und so zu integrieren, dass substantielle Aussagen zum Erfolg der Integrationsmaßnahmen der LHP sowie zum Integrationswillen und den eigenen Integrationsbemühungen der zu integrierenden Personen möglich sind, damit notwendige Korrekturen erkannt und vorgenommen werden können. Dem Hauptausschuss ist bis ~~Oktober 2017~~ **Dezember 2018** die angepasste Struktur sowie die Erweiterung der Indikatoren für die Zielgruppe der Geflüchteten sowie entsprechender fachlicher und personeller Ressourcen des Integrationsmonitorings vorzustellen. **Ein Zwischenbericht erfolgt im Mai 2018.** Der Integrationsmonitoring-Bericht ist jährlich zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **3**

zu 4.4 **Seniorenrechtliches Bauen**

Vorlage: 17/SVV/0381

Fraktion CDU/ANW

GSI (ff) - Wiedervorlage -

Herr Finken bringt die neue Fassung des Antrages ein und erklärt, dass diese mit der Verwaltung abgestimmt ist.

Herr Jekel (Bereich Wohnen) erklärt auf Nachfrage, dass sich der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr mit dem ursprünglichen Antrag befasst hat und diese Fassung für erledigt erklärt hat. Die geänderte Fassung wurde nicht im SBV-Ausschuss behandelt.

Frau Schulze bittet, dies auch mit der ProPotsdam GmbH zu beraten.

Herr Jekel teilt mit, dass die ProPotsdam GmbH mit dem ursprünglichen Antrag befasst war.

Herr Puschmann würde es befürworten, wenn nicht nur seniorengerecht sondern barrierearm oder barrierefrei gebaut werden soll.

Herr Schubert schlägt vor, über den Antrag abzustimmen.

Frau Schulze fragt, ob die Stellungnahme der ProPotsdam GmbH an das Beteiligungsmanagement als Anlage zum Protokoll ausgereicht werden könne.

Frau Eisenblätter stellt die neue Fassung des Antrags zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, durch die Landeshauptstadt und deren Gesellschaften bei gefördertem wie frei finanziertem Wohnungsneubau entsprechend der bisherigen Übung alle Wohnungen auch zukünftig alten- und behindertengerecht sowie barrierefrei und barrierearm neu zu bauen. Dies soll bei der nächsten Überarbeitung des Balanced Scorecard Verfahrens festgeschrieben werden.
Darüber hinaus ist zu prüfen, wie diese Wohnungen so auf dem Markt angeboten werden, dass die Zielgruppe vorrangig Zugriff auf barrierefreie oder barrierereduzierte Wohnungen erhält.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.5 Konzept für Senioreneinrichtungen

Vorlage: 17/SVV/0383

Fraktion CDU/ANW

GSI (ff) - Wiedervorlage -

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) verweist auf die rechtlichen Grundlagen und die Verantwortung des Landes. Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt ihre planerische Verantwortung wahr.

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) zeigt 3 Karten mit den Standorten von Pflegeheimen, Kurzzeitpflege und Tagespflege, die als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt werden.

Frau Dr. Wegewitz macht deutlich, dass es im Antrag um ein Konzept geht und fragt, was genau darunter zu verstehen ist.

Frau Eisenblätter schlägt vor, den Begriff Konzept durch Planung zu ersetzen.

Sie weist darauf hin, dass die Reservierung der Flächen nicht möglich ist und im Antragstext gestrichen werden sollte.

Herr Finken formuliert den Antrag wie folgt um: „Die Planung stadtweiter stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen gemäß den Zuständigkeiten nach SGB XI.“

Frau Dr. Herzel betont, dass auch die Pflegekräfte fehlen.

Frau Eisenblätter stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die **Planung** ~~Erstellung eines stadtweiter Konzeptes für stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen sowie die Reservierung dazu notwendiger Flächen gemäß den Zuständigkeiten nach SGB XI.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.6 Potsdam seniorengerecht gestalten

Vorlage: 17/SVV/0452

Fraktion CDU/ANW

neue Fassung

- Wiedervorlage -

Herr Finken bringt die neue Fassung des Antrages ein und erläutert diese.

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) erklärt, dass die Verwaltung dem so nicht folgen könne. Der Fachbereich Soziales und Gesundheit erarbeitet aktuell in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat den „Aktionsplan Senioren“ zur Umsetzung der im Seniorenplan formulierten Zielstellungen. Hierbei geht es nicht um die Überarbeitung des Seniorenplans sondern um die Konkretisierung der Umsetzung bisher abgestimmter Ergebnisse.

Der „Aktionsplan Senioren“ soll nach Fertigstellung zur Beratung in die Gremien gegeben werden. Die Fortschreibung des Seniorenplans soll bis Ende 2018 erfolgen.

Herr Finken ist mit der Darstellung der Änderungen und Ergänzungen im Dezember 2018 einverstanden und ändert den Antrag entsprechend.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Erkenntnisse und Empfehlungen aus den unten genannten Unterlagen werden in den Potsdamer Seniorenplan eingearbeitet. Die Änderungen und Ergänzungen sind bis Dezember 2017 2018 darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.7 Ambulant betreute(s) Wohnen/Wohnstätten koordinieren
Vorlage: 17/SVV/0606

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren) weist darauf hin, dass es keine gesetzliche Grundlage für die Bedarfsherleitung gibt. Der Sozialhilfeträger kann lediglich feststellen, wie viele dauerhaft erwerbsunfähige Erwachsene Leistungen nach dem SGB XII erhalten und in der Häuslichkeit der Eltern leben. Diesen wird bereits Beratung und Begleitung angeboten. Frau Kitzmann macht deutlich, dass dabei immer die individuellen Bedarfe umgesetzt werden müssen.

Umfassende Beratungsangebote gibt es im Pflegestützpunkt. Somit ist Beratung im Sinne des Gesetzgebers umgesetzt.

Frau Eifler erklärt, dass sich die jungen Menschen mitunter schlecht beraten fühlen.

Frau Kitzmann erklärt, dass es nur die Möglichkeit der Beratung und der Bekanntmachung der Möglichkeit gibt. Es können nur Angebote unterbreitet werden. Sie macht aber auch deutlich, dass es einen angespannten Wohnungsmarkt sowie eine angespannte Situation in den Pflegeeinrichtungen gibt.

Frau Eifler macht deutlich, dass es zu wenige Angebote gibt. Es müssten Angebote geschaffen werden.

Frau Schweers betont, dass dieser Personenkreis sehr wohl in einem Wohnungspolitischen Konzept bedacht werden muss. Es muss darüber nachgedacht werden, zumindest Flyer auszulegen.

Frau Dr. Wegewitz hat den Ausführungen entnommen, dass es Angebote gibt, aber die entsprechenden „Wegweiser“ fehlen.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) erklärt, dass es viele Eltern gibt, die für ihre erwachsenen „Kinder“ eigene Wohngemeinschaften oder andere Projekte gründen wollen, hierfür aber der Markt fehlt. Es gibt einen Mangel an großen Wohnungen, um diese Wohngruppen aufzubauen.

Herr Schubert schlägt vor, den Antrag so zu formulieren, dass nicht neue Konzepte erstellt werden sondern die vorhandenen Angebote besser bekannt gemacht werden.

Herr Richter informiert, dass es eine Neuauflage des Wegweisers für Menschen mit Behinderung gibt, der an verschiedenen Stellen ausgelegt wird. Der Wegweiser muss noch bekannter gemacht werden.

Herr Jekel (Bereich Wohnen) erklärt, dass es im letzten Jahr 8 Anträge gab, die in diese Richtung gingen. Hier geht es darum, Wohnprojektformen zu finden, für die derzeit kein Wohnraum vorhanden ist. Komplizierte Fälle müssen besser gesteuert werden.

Frau Schweers betont, dass mit entsprechender Information schon viel getan werden kann.

Frau Eifler bittet um Zurückstellung des Antrages, um die Aussagen in der

Fraktion zu beraten.

Frau Eisenblätter stellt die Zurückstellung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 4.8 Pfandringe als Beschäftigungsmodell

Vorlage: 17/SVV/0477

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

GSI (ff) - Wiedervorlage -

Herr Thomann erklärt, dass derzeit die Prüfung erfolgt, wie die Idee in den AGH-Wettbewerb 2018 des Jobcenters Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen werden kann.

Frau Eisenblätter teilt mit, dass sich der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung mit dem Antrag befasst und diesen als Prüfauftrag zum Beschluss empfohlen hat.

Frau Eifler erklärt den Antrag für erledigt durch Verwaltungshandeln.

zu 4.9 Änderung der Hauptsatzung - § 10 Beirat für Menschen mit Behinderung

Vorlage: 17/SVV/0655

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Er verweist auf die öffentlichen Veranstaltungen, auf denen die Aufgaben und die Zusammensetzung des Beirates beraten wurden. Auch die Ressourcen, die dem Beirat zur Verfügung gestellt werden können, wurden zusammengetragen. Das Verfahren zur Neuaufstellung wurde besprochen. Abschließend erklärt er das Verfahren zur Berufung der Beiratsmitglieder.

Frau Eisenblätter verweist auf die Überlastung des Beirates. Deshalb soll die Zahl der Beiratsmitglieder erhöht werden.

Auf Nachfrage bezüglich des Losverfahrens erklärt Herr Richter, dass hier auch Änderungen vorgenommen werden können, wenn Hinweise kommen, dass das Losverfahren nicht das geeignete Mittel ist. Das ist in der Hauptsatzung nicht festgelegt.

Wenn die Änderung der Hauptsatzung beschlossen ist, wird er mit der Bewerbungsphase beginnen. Der Bewerbungszeitraum sollte bis Januar 2018 gehen, um möglichst viele Interessenten zu finden.

Frau Eifler weist darauf hin, dass der Beirat für 5 Jahre gewählt wird und durch die Stadtverordnetenversammlung bestätigt werden muss. Sie fragt, ob es nicht eher sinnvoll ist, die Wahl an die Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung anzupassen.

Frau Eisenblätter erklärt, dass dies unabhängig voneinander ist.

Herr Puschmann verweist auf Punkt 3 der Synopse, nach dem die Mitglieder des

Beirates durch die Stadtverordnetenversammlung für die Dauer von 5 Jahren benannt werden.

Herr Richter prüft, ob dieser Punkt so aus der Kommunalverfassung übernommen wurde. Er weist darauf hin, dass es sich um ein beratendes Gremium handelt.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam (2. Änderungsatzung Hauptsatzung) (Anlage)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.10 Fördergebietskulissen Wohnungsbau

Vorlage: 17/SVV/0686

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Jekel (Bereich Wohnen) verweist darauf, dass es sich hier um einen Selbstbindungsbeschluss handelt. Nach mehrjährigen Verhandlungen der LHP mit dem MIL über eine Anpassung der Fördergebietskulisse konnte zum Jahresbeginn eine Einigung über wesentliche Verbesserungen erzielt werden.

Frau Schweers fragt, ob es sich um die Wohnungsbauförderung für den sozialen Wohnungsbau handelt.

Dies wird von Herr Jekel bestätigt.

Frau Schweers hat die Erfahrung gemacht, dass diese Richtlinie nicht in Anspruch genommen wird. Sie bittet um Information, ob dies umgesetzt wurde und viel viele Wohnungen entstehen werden oder bereits entstanden sind.

Frau Dr. Herzel fragt, warum nur 20 % der zukünftigen Wohnfläche in Krampnitz Mietpreis- und Belegungsbindungen angestrebt werden. Das bedeutet, dass der überwiegende Teil der Wohnungen über den freien Markt entsteht. Ist dies sinnvoll? Warum wird Wohneigentum gefördert?

Frau Schulze fragt bis wann die Abstimmung mit dem Land abgeschlossen ist.

Herr Jekel verweist auf die Folien, die dem Protokoll als Anlage beigelegt werden. Es erfolgen 20 % Mietpreis- und Belegungsbindungen im Bestand und 20% im Neubau, damit wird der Bedarf der vorhandenen 40 % gedeckt. Die Förderung von Wohneigentum erfolgt nur nachrangig.

Bis wann die Gespräche abgeschlossen sind, kann er nicht aussagen.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die in der beiliegenden Karte (Anlage 1) näher bezeichneten Gebiete werden durch Selbstbindungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung als

Fördergebiete für die Wohnraumförderungsprogramme des Landes Brandenburg festgelegt.

Es handelt sich um die vom Landesamt für Bauen und Verkehr bestätigten Gebietskulissen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmungen mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung und dem Landesamt für Bauen und Verkehr eine weitere Ausweitung der Fördergebiete anzustreben. Das gilt insbesondere für das Entwicklungsgebiet Krampnitz, um auch dort sozialen Wohnungsbau mit Landesförderung zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 4.11 Sitzungskalender 2018

Vorlage: 17/SVV/0675

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Eisenblätter schlägt vor, die Dezembersitzung eine Woche, auf den 11.12.2018, vorzuziehen.

Da sich gegen den Vorschlag kein Widerspruch erhebt, stellt sie den so geänderten Sitzungskalender zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2018 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

Mit folgender Änderung:

Die Dezembersitzung findet nicht am 18.12.2018, sondern am 11.12.2018 statt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Agenda 2030 - Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0592

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- Wiedervorlage -

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) weist darauf hin, dass die Ziele 1,3 und 16 in die Zuständigkeit des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung fallen.

Frau Schweers fragt, welche Verbindlichkeit hat das vorliegende Papier hat.

Herr Bindheim erklärt, dass es aufgrund des Beschlusses 16/SVV/0125 der Stadtverordnetenversammlung eine Berichtspflicht gibt.

Herr Schubert ergänzt, dass der Bericht lediglich Appellcharakter haben kann.

Frau Schweers betont, dass das Thema Armut hier sehr oberflächlich behandelt ist. Sie kann mit dieser Mitteilungsvorlage nicht umgehen und regt an, einzelne Themen näher zu betrachten und in die Themenplanung aufzunehmen.

Frau Eisenblätter bietet Frau Schweers an, zu dem gewünschten Thema in die SPD-Fraktion zu kommen, um dies dort vertieft zu beraten.

Herr Schubert macht deutlich, dass die Stadtverordneten auf der Grundlage der vorliegenden Mitteilungsvorlage konkrete Anträge stellen können, die dann intensiv bearbeitet werden.

Frau Schulze weist darauf hin, dass aus der Mitteilungsvorlage hervorgeht, dass die Verwaltung eine jährliche Berichterstattung für verzichtbar hält. Sie fragt, ob trotzdem darauf gedrungen werden kann, dass jährlich berichtet wird.

Herr Schubert macht darauf aufmerksam, dass Beschlüsse nicht durch Mitteilungsvorlagen außer Kraft gesetzt werden können. Er betont aber, dass hier Aufwand und Nutzen nicht im Verhältnis stehen.

Frau Dr. Herzel fragt, wie verbindlich das ist, was Bürger in Prozesse einbringen. Was ist mit frühzeitiger Einbeziehung der Bürger gemeint? Hat der Bürger wirklich Mitspracherecht zu einem Zeitpunkt, wo Maßnahmen noch beeinflussbar sind? Es sollte auch klar sein, welche Botschaft in die Stadtgesellschaft gegeben werden soll.

Herr Finken macht darauf aufmerksam, dass die Fachausschüsse die Möglichkeit haben, Anträge abzulehnen und nicht zum Beschluss zu empfehlen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Ergebnisse Prüfauftrag - Stellplätze für Rollstühle und Kinderwagen im ÖPNV

Vorlage: 17/SVV/0703

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung

Vorlage: 17/SVV/0738

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren) verweist auf die zwei Punkte in der Vorlage. Die Betreuung der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung wird durch den Fachbereich Soziales und Gesundheit begleitet. Dies wurde in mehreren Sitzungen des GSI-Ausschusses besprochen und das Modellprojekt mit der beabsichtigten Evaluation initiiert.

Sie bittet die Ausschussmitglieder zu überlegen, ob ein Vertreter/eine Vertreterin des Ausschusses die Evaluierung begleiten möchte.

Des Weiteren verweist Frau Kitzmann auf die Änderung der Schülerbeförderungssatzung auf 2 Beförderungen täglich. Die Eltern können entscheiden, ob die Kinder von der Schule in die Hortbetreuung oder in die Häuslichkeit befördert werden sollen.

Frau Eisenblätter erklärt, dass sich Frau Eifler im Vorfeld der Sitzung bereiterklärt hat, bei der Evaluation mitzuwirken.

Dies wird von Seiten der Ausschussmitglieder zustimmend zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Auswertung der Kundenbefragung - Grundsicherung und Senioren

Herr Thomann gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Ergebnisse der 2. Kundenbefragung im Bereich Grundsicherung und Senioren.

Frau Dr. Wegewitz bittet um Ausreichung der Präsentation als Anlage zum Protokoll.

zu 5.5 Gruppenprophylaxe in Kita und Schule

Der Tagesordnungspunkt wird auf Frühjahr 2018 vertagt.

zu 5.6 Fonds für mittelbare Bindungen (Potsdamer Baulandmodell)

Herr Jekel (Bereich Wohnen) teilt mit, dass die Stadtverordnetenversammlung im Januar 2017 das Baulandmodell beschlossen hat. Die Verfahren für die Schaffung von Baurecht sind sehr langwierig. Er bittet, dann berichten zu können, wenn der Stand entsprechend ist.

zu 5.7 Benennung von drei Mitgliedern in das Auswahlgremium für Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018

Frau Eisenblätter erinnert, dass im letzten Jahr Frau Biesecke, Frau Dr. Wegewitz und Frau Tinney im Auswahlgremium mitgearbeitet haben.

Sie teilt mit, dass sich Herr Otto im Vorfeld der Sitzung bereit erklärt hat, im Auswahlgremium mitzuarbeiten. Frau Schulze schlägt Frau Biesecke für die Mitarbeit im Auswahlgremium vor. Frau Liefeld erklärt ihre Bereitschaft, im Auswahlgremium mitzuwirken.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung darüber, dass **Herr Bertram Otto, Frau Corinna Liefeld** und **Frau Kati Biesecke** für die Mitarbeit im Auswahlgremium für Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018 benannt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 5.8 Umgang mit der Jury für Förderprojekte freiwilliger Leistungen (grundsätzliches Prozedere)

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass die Abstimmung zu den Förderprojekten in der Auswahljury am 06.11.2017 erfolgen soll. Somit können am 09.11.2017 die Informationen an die Mitglieder des GSI-Ausschusses geschickt werden. Nach der Beratung und Entscheidung im GSI-Ausschuss am 21.11.2017 sollen dann im Dezember die Zuwendungsbescheide für 2018 versendet werden.

Ab 2019 soll eine längerfristige Projektförderung erfolgen. Dazu erfolgt im Frühjahr 2018 eine Vorstellung im GSI-Ausschuss.

zu 5.9 Bericht über die Gespräche mit der ZWST

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass die ZWST der Aufhebung der „Gemeinsamen Konzeption“ aus dem Jahr 2014 zugestimmt hat. Die ZWST hat einen Förderantrag aus Mitteln der freiwilligen Förderung 2018 eingereicht. Über diesen wird im Rahmen der Entscheidung über die Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018 durch die Auswahljury entschieden.

zu 5.10 Verständigung zur Themenplanung 2. Halbjahr 2017

Frau Eisenblätter schlägt vor, den Bericht des Pflegestützpunktes auf das Frühjahr 2018 zu vertagen.

Herr Puschmann weist darauf hin, dass der Seniorenbeirat seine Geschäftsordnung vorstellen wird. In der vorliegenden Themenplanung steht irrtümlich Satzung.

Frau Biesecke spricht sich dafür aus, die Dezembersitzung vor Ort in einer Einrichtung durchzuführen.

Herr Thomann weist darauf hin, dass im November das Psychatriekonzept vorgestellt wird. Er schlägt vor, die Novembersitzung vor Ort in einer Einrichtung durchzuführen.

Frau Eisenblätter schlägt vor, die Vorstellung des Psychatriekonzeptes sowie den Bericht zum Sachstand 2. Suchtaktionsplan in der Novembersitzung vorzunehmen. Die Bestätigung der Förderprojekte 2018 muss auch in der Novembersitzung erfolgen.

Alle weiteren für die Novembersitzung geplanten Themen sollten in einer späteren Sitzung behandelt werden.

Frau Schulze fragt, ob der Haushalt 2018/2019 im Dezember eingebracht wird.

Herr Schubert sagt zur diesbezüglich nachzufragen und im GSI-Ausschuss zu informieren.

zu 6 Sonstiges

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) teilt mit dass im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens des Migrationsfachdienstes 4 Bewerbungen eingegangen sind. Das Auswahlverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Er sagt zu, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu informieren.

Frau Schweers verweist auf Presseaussagen zu Obdachlosenzahlen, in denen von 300 bis 400 Obdachlosen in Potsdam die Rede ist.

Herr Jekel (Bereich Wohnen) bestätigt, dass zum Stichtag 30.09.2017 insgesamt 370 Obdachlose in verschiedenen Einrichtungen und Wohnungen ordnungsrechtlich untergebracht waren. Er verweist auch auf eine MAZ-Anfrage, die durch die Verwaltung entsprechend beantwortet wurde.

Nächster GSI-Ausschuss: 21. November 2017, 18:00 Uhr

**Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**

Übersicht der Pflegeheime

 Standort Pflegeheim

 Grenze der Sozialräume

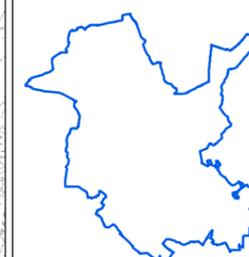
- I - Nördliche Vorstädte
- II - Potsdam Nord
- III - Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte
- IV - Babelsberg, Zentrum Ost
- V - Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
- VI - Schlatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

 Stadtgrenze

Dieser Plan wurde erstellt im Maßstab: 1:70.000

Geobasisdaten: DTK25 © GeoBasis-DE/LGB 2017

Sozialräume 2017 © Landeshauptstadt Potsdam



Übersicht der Pflegeheime

Fachbereich Soziales und Gesundheit
Arbeitsgruppe Planung und Steuerung
14467 Potsdam
E-Mail: Soziales-Gesundheit@Rathaus.Potsdam.de

Stand: 17.10.2017

Übersicht der Pflegeheime und Kurzzeitpflege

- Standort Pflegeheim
- Standort Kurzzeitpflege

- Grenze der Sozialräume
 - I - Nördliche Vorstädte
 - II - Potsdam Nord
 - III - Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte
 - IV - Babelsberg, Zentrum Ost
 - V - Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
 - VI - Schlatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd
- Stadtgrenze

Dieser Plan wurde erstellt im Maßstab: 1:70.000
Geobasisdaten: DTK25 © GeoBasis-DE/LGB 2017
Sozialräume 2017 © Landeshauptstadt Potsdam

Übersicht der Pflegeheime und
Kurzzeitpflege

Fachbereich Soziales und Gesundheit
Arbeitsgruppe Planung und Steuerung
14467 Potsdam
E-Mail: Soziales-Gesundheit@Rathaus.Potsdam.de
Stand: 17.10.2017

Übersicht der Pflegeheime, Kurzzeitpflege und Tagespflege

- Standort Pflegeheim
- Standort Kurzzeitpflege
- ▲ Standort Tagespflege

□ Grenze der Sozialräume

- I - Nördliche Vorstädte
- II - Potsdam Nord
- III - Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte
- IV - Babelsberg, Zentrum Ost
- V - Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
- VI - Schlatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

□ Stadtgrenze

Dieser Plan wurde erstellt im Maßstab: 1:70.000

Geobasisdaten: DTK25 © GeoBasis-DE/LGB 2017
Sozialräume 2017 © Landeshauptstadt Potsdam

Übersicht der Pflegeheime, Kurzzeitpflege und Tagespflege

Fachbereich Soziales und Gesundheit
Arbeitsgruppe Planung und Steuerung
14467 Potsdam
E-Mail: Soziales-Gesundheit@Rathaus.Potsdam.de

Stand: 17.10.2017



Fördergebietsskulissen Wohnungsbau

17/SVV/0686

GSI am 17.10.2017

Gregor Jekel
Bereich Wohnen

Mietwohnraumförderung



Landeshauptstadt
Potsdam

Allgemeines

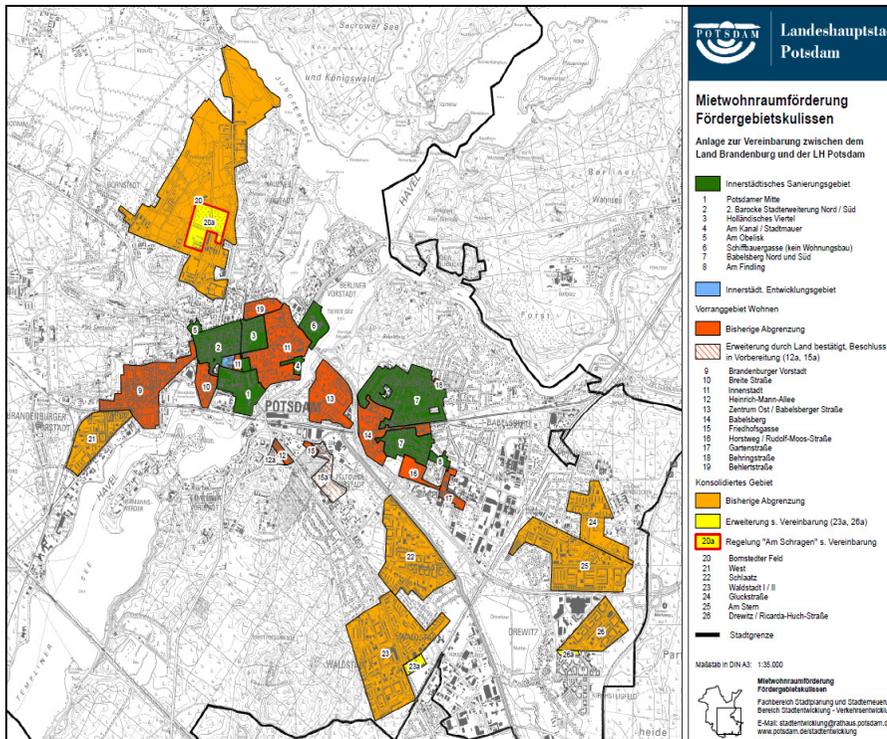
- Gebietskulissen sind Grundlage für die Inanspruchnahme von Wohnraumfördermitteln des Landes Brandenburg
- Voraussetzung: Abstimmung mit MIL und LBV zu 33 Fördergebieten → Verdopplung der Fläche von 1.030 Hektar auf 2.084 Hektar
- Selbstbindungsbeschluss zur Ausweitung der Fördergebiete für die Wohnraumförderung des Landes Brandenburg wurde der SVV am 13.09.2017 vorgelegt

Mietwohnraumförderung

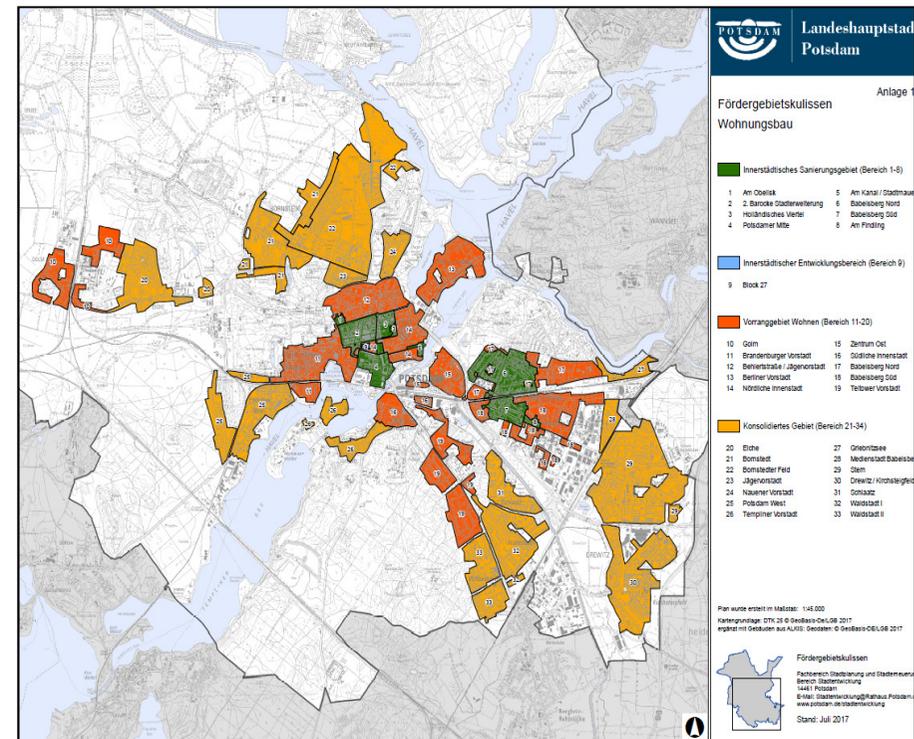
Fördergebietskulissen



Landeshauptstadt
Potsdam



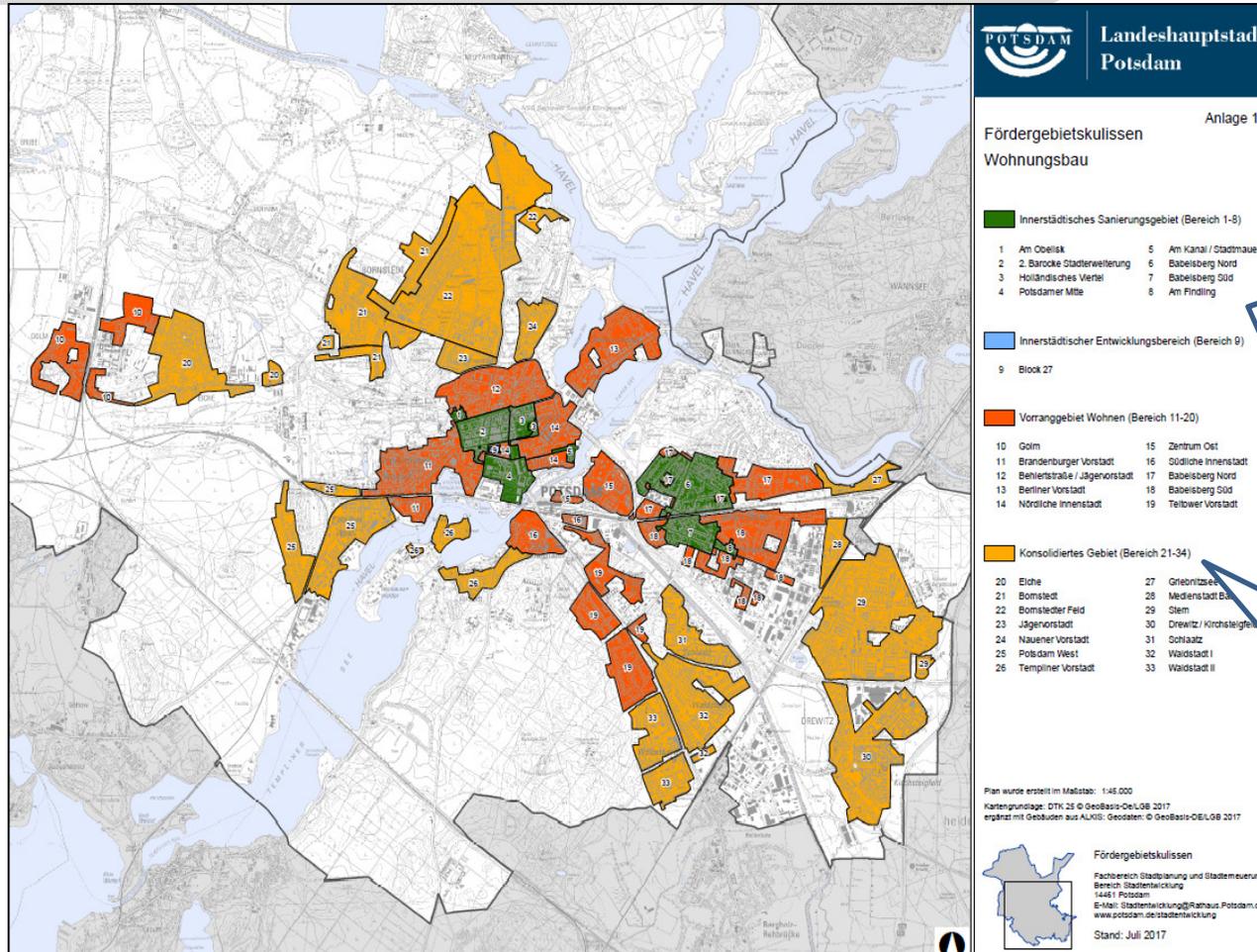
Bisher gültige Gebietskulisse



Neue Gebietskulisse

Mietwohnraumförderung

Neue Fördergebietskulissen



„Innerstädtische Sanierungs- und Entwicklungsgebiete, Vorranggebiete Wohnen“: Förderung Mietwohnungsbau und Wohneigentum

Konsolidierte Gebiete: Förderung Mietwohnungsbau

Mietwohnraumförderung

Weiteres Vorgehen



Landeshauptstadt
Potsdam

Ziel der Stadt:

Weitere Ausweitung der Fördergebiete wird angestrebt (z.B. Entwicklungsgebiet Krampnitz), bei zukünftigen FNP-Änderungen, möglichst aber auf die gesamte Stadt - und Eigentum / Miete in allen Gebieten.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ausschuss für Gesundheit,
Soziales und Inklusion



Landeshauptstadt
Potsdam

am 17.10.2017

Informationen zur Kundenbefragung in der Grundsicherung und Senioren

Uta Kitzmann, Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren

Informationen zur Grundsicherung



1. Zahlen und Fakten zur Grundsicherung und Senioren

- **Sozialleistung** des Bundes nach dem 4. Kapitel SGB XII
- **Anspruchsberechtigt:** dauerhaft Erwerbsunfähigkeit und Altersrentenbezug mit geringen Einkommen
- **Vorrangige Leistung:** Wohngeld
- **Bemessungsgrundlagen:** Regelbedarf, angemessene Kosten der Unterkunft und mögliche Mehrbedarfe
- **Leistungsform:** Geldleistung von i.d.R. 1 Jahr

Informationen zur Grundsicherung



Landeshauptstadt
Potsdam

2. Kundenbefragung in der Grundsicherung und Senioren

Methodik, Strukturdaten

- Schriftliche Befragungen in der Arbeitsgruppe Grundsicherung und Senioren
- Befragungszeitraum Februar 2016 – Juli 2016
- 418 Teilnehmende, hoher Anteil an Rentnerinnen und Rentnern
- Überwiegend Informationen vor Ort, viel seltener über das Telefon und kaum per Internet
- Potsdamer Unterstützungsangebote u.a. Stiftung Altenhilfe sind weitgehend den Leistungsbeziehern bekannt

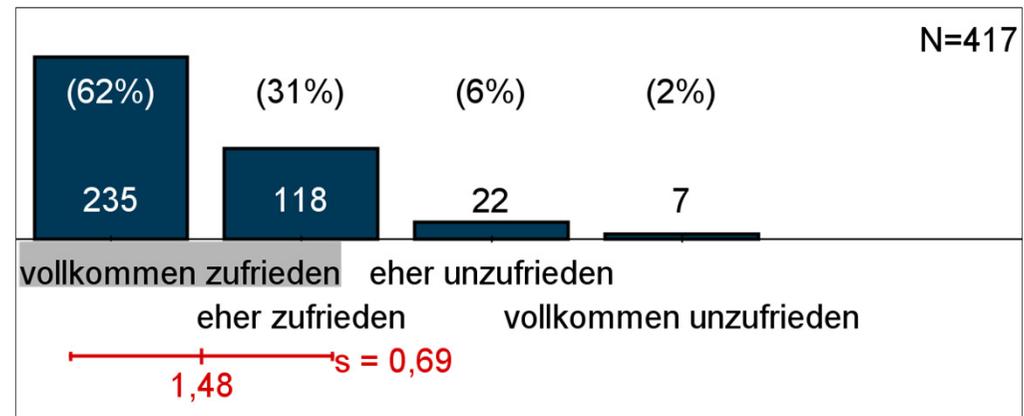
Informationen zur Kundenbefragung



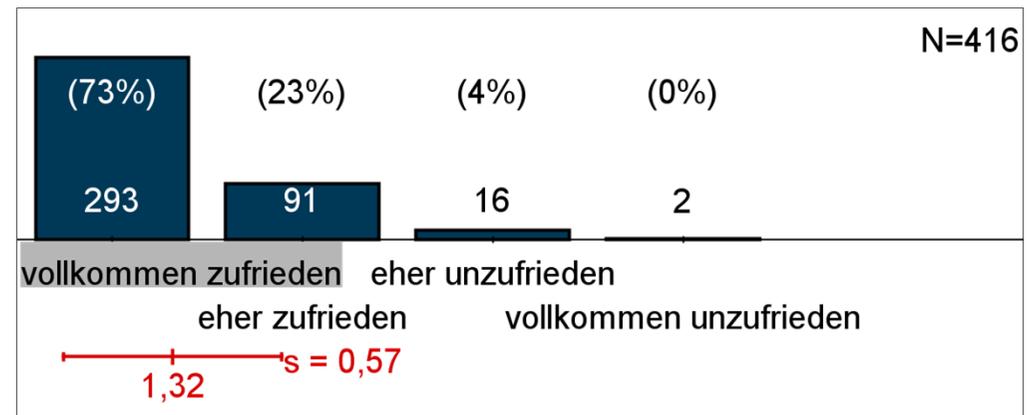
3. Ergebnisse der Kundenbefragung in der Grundsicherung und Senioren

Stärken I

- Beratungsqualität:



- Freundlichkeit des Personals:



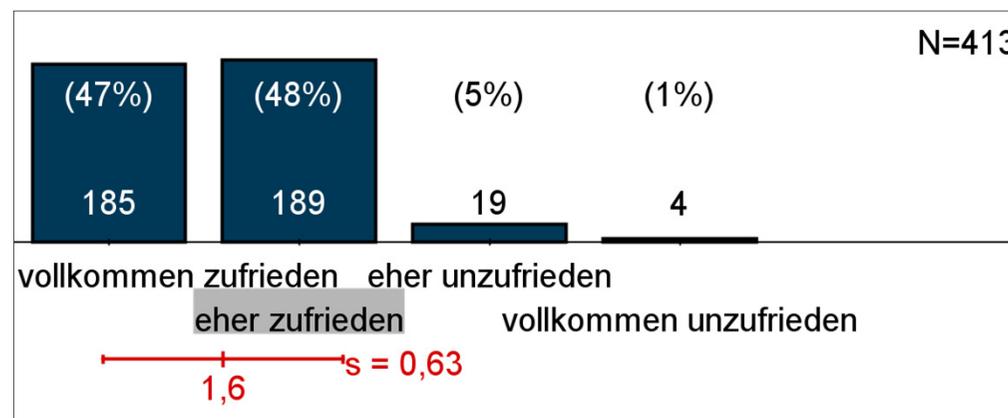
Informationen zur Kundenbefragung



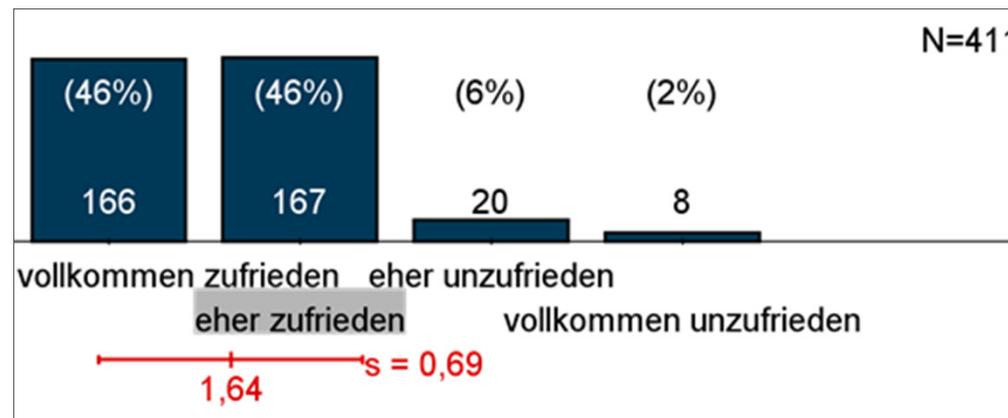
4. Ergebnisse der Kundenbefragung in der Grundsicherung und Senioren

Stärken II

- Wartezeiten:



- Bearbeitungsdauer:



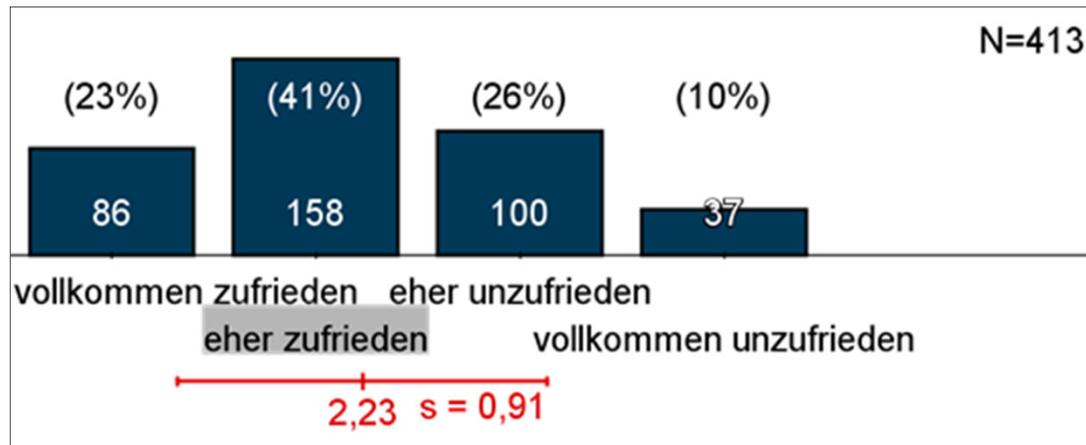
Informationen zur Kundenbefragung



5. Ergebnisse der Kundenbefragung in der Grundsicherung und Senioren

Verbesserungspotenzial

- Verständlichkeit der Formulare und der Bescheide
- Verständlichkeit der Formulare:



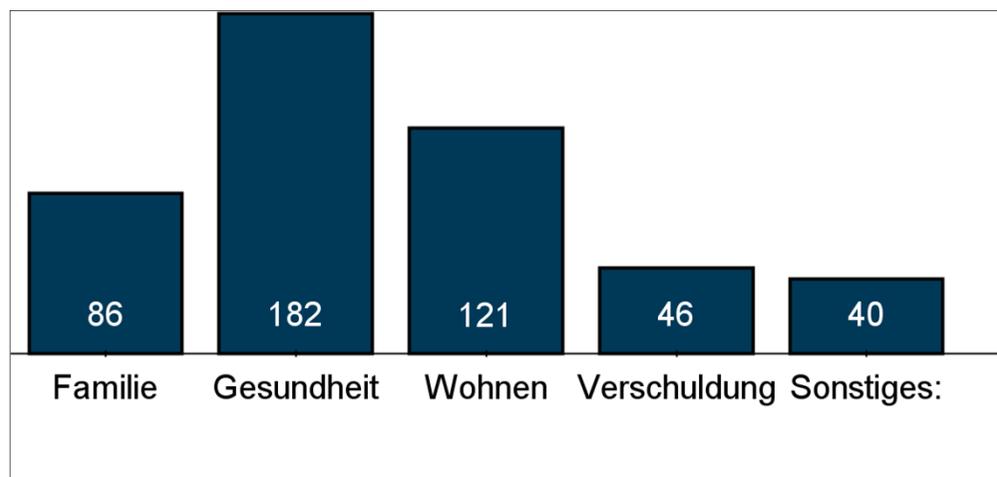
Informationen zur Kundenbefragung



6. Ergebnisse der Kundenbefragung in der Grundsicherung und Senioren

Schlussfolgerungen

- Überprüfung der Bescheidtechnik bzw. der Formulare
- Es sind weitere Informationen bzw. Unterstützungen zu folgenden Themen gewünscht:



Sachstand_2. Suchtaktionsplan_2017

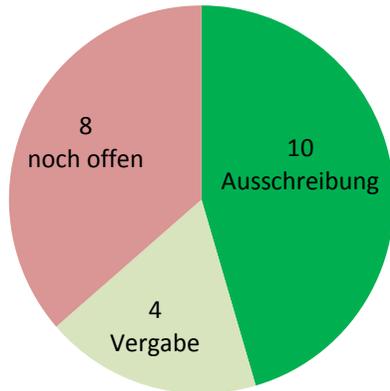
Übersicht Suchtprävention, -beratung und -behandlung

Ergebnisse aus Workshop zum 2. Suchtaktionsplan/weitere Maßnahmen	2. Suchtaktionsplan		Ausschreibung	Zeitschiene		Fördersumme			
	2017	2018		von	bis	2017	2018	2019	2020
						gefördert	geplant		
HZ 1 Suchtprävention im Lebensspektrum gesunde Kinder und Familie, gesunde Jugend									
TZ 1.1 evaluierte trägerübergreifende Präventionsangebote: z.B. be smart - don't start; Schülersgesundheitsstage; Komm auf Tour; Klarsicht		in Planung		2017	2018	4.000	19.000		
TZ 1.2 Angebote für Grundschüler zur Stärkung der Medienkompetenz (reflect)		in Planung		2017	2018	13.250	14.200		
TZ 1.3 Förderung von Kindern aus suchtbelasteten Familien (Sternstunde)				2017	2020	175.573***	242.505***	256.096***	65.337***
TZ 1.4 Medienkompetenz der Sorgeberechtigten stärken				2017	2020				
TZ 1.5 Prävention im Partysetting				2017	2020				
TZ 1.6 Aufnahme von Suchtprävention in Konzepte der Kinder- und Jugendarbeit				ab 2018					
TZ 1.7 Prävention exzessiven Medienkonsums				2017	2020				
TZ 1.8 Frühintervention für drogenintoxikierte Jugendliche (HaLt)				2017	2020				
HZ 2 Suchtprävention im Lebensspektrum gesunder Betrieb, gesunde Lebensmittel, gesundes Altern									
TZ 2.1 Sensibilisierung zum Thema Sucht im Alter				2017	2020	49.803**	67.465**	68.550**	17.415**
TZ 2.2 Suchtprävention für Erwachsene durch freie Träger geleistet				2017	2020				
HZ 3 Kommune und Öffentlichkeit									
TZ 3.1 Bekenntnis der LHP zur Suchtprävention				ab 2018					
TZ 3.2 Übersicht über Angebote in der LHP zur Suchtprävention, -beratung und -behandlung				ab 2018					
HZ 4 Beratungs- und Behandlungsangebote									
TZ 4.1 ambulante "nasse" Einrichtung				3. Aktionsplan					
TZ 4.2 Frühintervention bei exzessivem Medienkonsum				2017	2020				
TZ 4.3 Beratung bei exzessivem Medienkonsum				2017	2020				
TZ 4.4 niedrigschwellige Angebote für schwer erreichbare Zielgruppen				ab 2018					
TZ 4.5 aufsuchende Suchtberatung in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe				ab 2018					
HZ 5 Dritter Aktionsplan 2020/21									
TZ 5.1 Fortsetzung Beteiligungsprozess				ab 01/2018					
TZ 5.2 Dritter Aktionsplan				ab 2020					
Weitere Angebote in der LHP									
ambulante Beratungsstelle				ab 04.2017	2020	222.436*	296.581*	296.581*	74.145*
ambulante Beratungsstelle (Übergang)				01_2017	03_2017	60.880*			
Suchtpräventionsfachstelle für Kinder und Jugendliche (Übergang)				01_2017	03_2017	45.890***			
Gesamtsumme pro Jahr						571.832	639.751	621.227	156.897

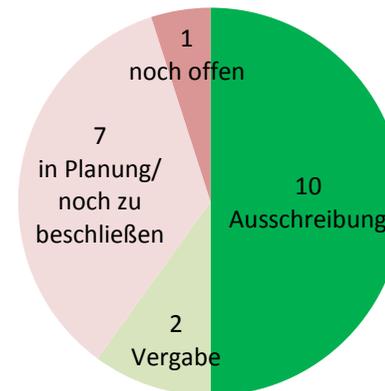
Legende	Projekt-förderung	SPF Kinder + Jugendliche	aBS + SPF Erwachsene	noch offen
	noch zu beschließen	* Fördersumme/Jahr aBS	** Fördersumme/ Jahr SPF Erwachsene	
	HZ = Hauptziel; TZ = Teilziel		*** Fördersumme/Jahr SPF Kinder und Jugendliche	

allgemeine Übersicht Projektförderung Sucht für die Landeshauptstadt Potsdam 2017/2018

Anzahl geförderter Projekte 2017



geplante Förderung für 2018



1. Nach Prüfung des Produkts 4140000 und der zugehörigen Konten steht für das Jahr 2017, neben der Förderung der Ausschreibung, noch eine Summe von **83.460 €** für die Umsetzung von suchtbezogenen Projekten zur Verfügung.

2. Für das Jahr 2018 und 2019 ist für die Umsetzung des 2. Suchtaktionsplans ein Betrag von **200.000€** zusätzlich zur Ausschreibung eingeplant.

**Förderung Freier Träger 2018
Fördervorschlag 14.11.2017**

Soziale Projekte						
Lfd. Nr.	Antragsteller	Projekt	Förderung 2017 in Euro	Antrag 18	Vorschlag Fördersumme 2018 in Euro	Bemerkung
1	Autonomes Frauenzentrum	<i>Frauenhaus</i>	141.509,66	125.694,80	125.694,80	wie beantragt
2	Autonomes Frauenzentrum	<i>Zufluchtswohnung</i>	34.946,00	37.056,00	37.946,00	wie beantragt
3	SEKIZ	<i>Kontaktstelle Begegnungszentrum Freiwilligenagentur</i>	142.000,00	159.239,11	145.000,00	14.239 € unter Antrag
4	Soziale Stadt	<i>Präventives Anti s chulden und Solvenz t raining</i>	6.700,00	6.868,18	6.868,18	wie beantragt, der Antrag ist mit 27 Punkten in 2018 bewertet worden
5	Autonomes Frauenzentrum	<i>Beratungsstelle</i>	52.444,00	40.588,00	40.588,00	wie beantragt
6	Hoffbauer-Stiftung	<i>Trauerbegleitung in Potsdam</i>	25.200,00	49.472,00	33.472,00	16.000 € unter Antrag
7	Seniorenbeirat	<i>Seniorenbüro</i>	2.000,00	2.000,00	2.000,00	wie beantragt
8	Deutscher Diabetiker Bund	<i>Öffentlichkeitsarbeit</i>	6.000,00	9.000,00	7.000,00	2.000 € unter Antrag
9	Volkssolidarität	<i>Soziales Zentrum (Suppenküche)</i>	169.142,00	169.142,00	169.142,00	wie beantragt
10	Paritätischer Wohlfahrtsverband	<i>Haus der Begegnung Zum Teufelssee 30</i>	144.000,00	156.000,00	148.000,00	8.000 € unter Antrag
11	AWO	<i>Seniorenfreizeitstätte Zentrum-Ost</i>	26.000,00	26.000,00	26.000,00	wie beantragt

12	Stadtteilladen im Kirchsteigfeld	<i>Stadtteilladen Kirchsteigfeld</i>	27.000,00	33.000,00	29.000,00	4.000 unter Antrag
13	Behinderten- beirat	<i>Beiratsarbeit</i>	2.724,00	-	3.000,00	Sicherstellung ohne Antrag
14	Ev. Kirchengemeinde Babelsberg	<i>Seniorenfreizeit- stätte(Weberviertel)</i>	26.000,00	26.000,00	26.000,00	wie beantragt
15	Volkssolidarität	<i>Seniorenfreizeit- stätte (Kiewitt)</i>	36.000,00	36.000,00	36.000,00	wie beantragt
16	Kreisverband d. Gehörlosen	<i>Beratungsstelle</i>	63.750,00	61.550,00	61.550,00	wie beantragt
17	Kreisverband d. Gehörlosen	<i>Dolmetscher</i>	10.000,00	10.500,00	10.500,00	wie beantragt
18	Sinfonieorchester	<i>für Senioren</i>	2.000,00	2.000,00	2.000,00	wie beantragt
19	Sozialwerk	<i>Beratungsstelle für Sehbehinderte</i>	31.587,72	39.339,00	34.000,00	5.339€ unter Antrag
20	ZWST	<i>soziale Beratung jüd. Zuwanderer</i>	35.000,00	50.000,00	35.000,00	15.000€ unter Antrag
21	AWO	<i>Seniorenfreizeit- stätte Waldstadt</i>	26.000,00	26.000,00	26.000,00	wie beantragt
22	Seniorenbeirat	<i>Seniorenwoche</i>	4.000,00	4.000,00	4.000,00	wie beantragt
23	Seniorenbeirat	<i>Broschüre Zeitzeugen</i>	2.300,00	2.300,00	2.300,00	wie beantragt
24	Wir für uns	<i>Begegnungsstätte Drewitz</i>	2.950,00	1.396,00	1.396,00	wie beantragt
25	Alfred und Toni Dahlweid Stift.	<i>Seniorenfreizeit- stätte Zentrum-Ost</i>	300,00	-		kein Antrag
26	Volkssolidarität	<i>Weihnachtsfeier in der Suppenküche</i>		<i>Antrag kommt Ende 2018</i>		bisher liegt kein Antrag vor
27	Soziale Stadt	<i>Familienzeit</i>	0,00	4.730,00		Ablehnung, da entsprechender Bedarf nicht gesehen wird

28	Soziale Stadt	<i>Miteinander Füreinander</i>	0,00	6.974,00	6.974,00	Neues Projekt, wie beantragt
29	HARTZ IV Betroffene	<i>Beratung</i>	0,00	44.861,00		Ablehnung, da Fördervoraussetzungen nicht vorliegen
	Insgesamt		1.019.553,38	1.073.145,09	1.019.430,98	

Gesundheitsprojekte						
Lfd. Nr.	Antragsteller	Projekt	Förderung 2017 in Euro	Antrag 18	Vorschlag Fördersumme 2018 in Euro	Bemerkung
30	Aidshilfe	<i>Projektförderung</i>	30.500,00	31.450,00	28.000,00	2.500€ unter Vorjahresförderung
31	Opferhilfe	<i>Traumaambulanz</i>	13.189,95	13.768,36	12.500,00	689,95€ unter Vorjahresförderung
32	Ernst von Bergmann Sozial g GmbH	<i>KBS</i>	127.627,00	140.420,00	121.600,00	6.000€ unter Vorjahresförderung
33	Volkssolidarität	<i>Kontakt.- und Beratungsstelle</i>	25.385,00	25.385,00	23.385,00	2.000€ unter Vorjahresförderung
34	Akademie 2. Lebenshälfte	<i>Betreuung und Entlastung "BEFA"</i>	7.716,00	8.010,20	7.000,00	716€ unter Vorjahresförderung
35	AWO	<i>Eltern-Kind-Sport/Eltern-Kind-Schwimmen</i>	4.590,00	4.450,00	4.450,00	wie beantragt
36	Akademie 2. Lebenshälfte	<i>Pflegebegleiterinitiative" PELA"</i>	24.182,00	23.965,40	23.965,00	wie beantragt
37	Volkssolidarität	<i>Selbsthilfe- Kontaktstelle</i>	11.825,00	11.825,00	11.825,00	wie beantragt
38	Volkssolidarität	<i>Freiwilligen- /Helferinnenkreis</i>	9.800,00	9.800,00	9.800,00	wie beantragt
39	Volkssolidarität	<i>Betreuungsgruppe</i>	12.850,00	12.850,00	12.850,00	wie beantragt

40	Volkssolidarität	2. Betreuungsgruppe	12.150,00	12.150,00	12.150,00	wie beantragt
41	Akademie 2. Lebenshälfte	Alter engagiert sich für Zukunft	11.248,00	12.970,40	10.500,00	748€ unter Vorjahresförderung
42	Volkssolidarität	Angehörigengruppe	830,00	830,00	830,00	wie beantragt
43	Akademie 2. Lebenshälfte	Kontakt- und Beratungsstelle	17.090,00	16.990,00	16.990,00	wie beantragt
44	LAFIM	Betreuungsgruppe	500,00	4.331,46		Antrag zurückgezogen
45	LAFIM	Helferkreis	2.000,00	7.087,41	4.000,00	Förderung aus 2017 verdoppelt
46	LAFIM	Angehörigen-Selbsthilfegruppe	250,00	3.792,00	750,00	Förderung 2017 erhöht
47	LAFIM	Beratungsstelle	9.000,00	25.223,62	18.000,00	Förderung 2017 verdoppelt
48	Akademie 2. Lebenshälfte	Ehrenamt Drewitz	0,00	-		kein Antrag
49	AWO	Gemeinsames Kochen mit Familien	0,00	-		kein Antrag
50	Ernst von Bergmann Sozial g GmbH	Help to go	0,00	2.000,00		Ablehnung, Bedarf wird nicht gesehen
51	Malteser	Demenzarbeit	0,00	2.011,00	2.011,00	wie beantragt
	Insgesamt		320.732,95	369.309,85	320.606,00	

Frage: Welche Summe war für Gesundheitsprojekte in 2017 abgestimmt?

	Förderung 2017	Antrag 2018	Vorschlag 2018
	1.019.553,00	1.073.145,09	1.019.430,98
	320.732,95	369.309,85	320.606,00
Insgesamt	1.340.285,95	1.442.454,94	1.340.036,98